



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

44. Sitzung (Dringlichkeitssitzung)**4. Wahlperiode**

Donnerstag, 30. September 2004, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider

Inhalt

**Feststellung der Tagesordnung
gemäß § 73 GO LT** 2544

Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD:
**Entwurf eines Gesetzes des Landes
Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung
des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch
(Landesausführungsgesetz SGB II – AG-SGB II)**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 4/1313 – 2544

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bau, Arbeit
und Landesentwicklung**

– Drucksache 4/1351 – 2544
Norbert Baunach, SPD 2544
Karin Strenz, CDU 2544
Angelika Gramkow, PDS 2546
Klaus Mohr, SPD 2549
Torsten Renz, CDU 2551
B e s c h l u s s 2552

Nächste Sitzung

Mittwoch, 13. Oktober 2004 2553

Beginn: 11.03 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 44. Sitzung des Landtages. Die Fraktionen der SPD und PDS haben gemäß Paragraph 72 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung diese Dringlichkeits-sitzung beantragt. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 44. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 44. Sitzung gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich dem Ministerpräsidenten Herrn Dr. Harald Ringstorff nachträglich ganz herzlich zu seinem 65. Geburtstag gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Ich rufe auf den **einzigen Punkt der Tagesordnung:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der PDS und SPD – Entwurf eines Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch, Drucksache 4/1313, hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Bauausschusses auf Drucksache 4/1351.

**Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD:
Entwurf eines Gesetzes des Landes
Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung
des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch
(Landesausführungsgesetz SGB II – AG-SGB II)
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 4/1313 –**

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Bau, Arbeit
und Landesentwicklung
– Drucksache 4/1351 –**

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Bauausschusses Herr Norbert Baunach.

Norbert Baunach, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Durch die gemeinsame Anstrengung von Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung, Innenministerium, Finanzministerium sowie der Kolleginnen und Kollegen aus dem Innen-, Finanz-, Wirtschafts-, Bau- und Sozialausschuss ist es gelungen, den Ihnen vorliegenden Gesetzentwurf kurzfristig in Zweiter Lesung vor Ihnen darzustellen. Deshalb als Erstes mein Dank an alle Beteiligten aus Ministerien, Landtag und Landtagsverwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

In zusätzlichen Ausschusssitzungen wurde dazu beige-tragen, dass das Sozialgesetzbuch II in Mecklenburg-Vor-pommern fristgerecht umgesetzt werden kann. Hier darf ich auch einmal das Lob des Städte- und Gemeindetages für die Landespolitik für unsere raschen Entscheidungen erwähnen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist eines der ersten Bundes-länder, die einen entsprechenden Entwurf eines Aus-führungsgesetzes dem Landtag vorgelegt haben. Somit

hat das Land Mecklenburg-Vorpommern sichergestellt, dass das Sozialgesetzbuch II in einem geordneten Ver-fahren fristgerecht umgesetzt wird und die Betroffenen zum 1. Januar 2005 ihre Leistungen erhalten.

Es freut mich, trotz aller unterschiedlichen Auffassun-gen zum SGB II (Hartz IV) das erforderliche Landesaus-führungsgesetz in vertrauensvoller Zusammenarbeit auf den Weg gebracht zu haben. Dank der guten Vorarbeit durch das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesent-wicklung und der erarbeiteten Formulierungshilfe konnten die Koalitionsfraktionen kurzfristig dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Ersten Lesung vorlegen. Dieser Ent-wurf bietet den Kreisen und Kommunen Spielraum bei der Gestaltung der kommunalen Selbstverwaltung.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von der Ersten Lesung am 15. September 2004 bis zur Zweiten Lesung am 30. September 2004 waren es gerade mal 15 Tage, die für die parlamentarische Behandlung des Gesetzentwurfes zur Verfügung standen. Aber wir haben es geschafft, auch wenn einige manchmal meinen, in Mecklenburg-Vorpommern würde alles immer etwas län-ger dauern.

Der Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung hat gemeinsam mit den mitberatenden Ausschüssen am 17. September 2004 eine Anhörung zum Gesetzentwurf durchgeführt. Ich darf dabei betonen, dass alle Ausschuss-vorsitzenden anwesend waren, was auch der Bedeutung dieser Anhörung gerecht geworden ist. Im Anschluss daran haben Innen- und Finanzausschuss ihre Beratungen durch-geführt. Der mitberatende Wirtschaftsausschuss und der mitberatende Sozialausschuss haben am 21. und 22. Sep-tember 2004 ihre Beratungen abgeschlossen. Somit konn-te der federführende Ausschuss für Bau, Arbeit und Lan-desentwicklung am 23. September 2004 seine Beschluss-empfehlung und seinen Bericht erarbeiten und Ihnen auf der Drucksache 4/1351 vorlegen.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun, so glaube ich zumindest, sind wir heute kurzfristig zusam-mengekommen, um das Zusammenwirken aller Beteilig-ten durch die Annahme des vorliegenden Gesetzentwur-fes anzuerkennen. Noch einmal allen Beteiligten Dank. – Gleichzeitig danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Baunach.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 15 Minuten je Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete Frau Strenz von der CDU-Fraktion.

Karin Strenz, CDU: Frau Präsidentin! Werte Kollegin-nen und Kollegen! Mit dem Landesausführungsgesetz zum SGB II werden die dringend notwendigen Vorausset-zungen für eine landesrechtliche Umsetzung von Hartz IV geschaffen. Deshalb stehen wir dem Gesetzgebungsver-fahren grundsätzlich positiv gegenüber, so, wie wir auch einer Reform des Arbeitsmarktes und des Rechtes der Arbeitsförderung positiv gegenüberstehen. Gleichzeitig möchte ich aber betonen, dass die derzeitigen Reformen, die unter den Begriffen Hartz I bis Hartz IV zusammenge-

fasst werden, aus unserer Sicht viel zu kurz gegriffen sind und die wesentlichen Ursachen für die vorherrschende Massenarbeitslosigkeit nur ansatzweise einer Lösung zu führen.

(Angelika Gramkow, PDS: Und warum haben Sie sie dann mitbeschlossen?!)

Verehrte Frau Kollegin Gramkow, bevor ich weiterrede, wissen Sie, Schweigen ist auch eine Art, sich am Leben zu beteiligen.

(Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS, und Angelika Gramkow, PDS)

Es wäre heute angebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Es ist daher ein Schritt in die richtige Richtung und nur diesem Schritt müssen auch weitere folgen. Die Union hat daher dem Hartz-IV-Gesetz zugestimmt. Für uns ist die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe vernünftig und setzt unsere Forderungen aus dem Wahlkampf 2002 um. Falsch ist es aber, diese Aufgaben einer Zentralinstanz wie der Bundesagentur für Arbeit zu übertragen, die, wie der Vermittlungsskandal Anfang 2002 gezeigt hatte, bereits heute mit den bestehenden Aufgaben längst überfordert ist. Um das neue Arbeitslosengeld II rechtzeitig zum 1. Januar 2005 auszahlen zu können, will die Bundesagentur für Arbeit nun weitere 2.000 bis 3.000 Mitarbeiter befristet einstellen. Die weitere Aufstockung sei gemäß den Angaben der Bundesagentur für Arbeit notwendig, um zeitliche Verzögerungen bei der Vorbereitung um zwei bis drei Wochen wieder aufzuholen. Insgesamt 40.950 Mitarbeiter sollen sich künftig bei der Bundesanstalt um 3,25 Millionen erwerbsfähige Hilfebedürftige kümmern. Im Bundeshaushalt sind in diesem Bereich für Mitarbeiter und Verwaltung allein 3,3 Milliarden Euro vorgesehen, heißt es in einer Vorlage des Bundesfinanzministeriums an den Haushaltsausschuss des Bundestages. Kurz und knapp zusammengefasst bedeutet das neue Gesetz höhere Kosten und mehr Bürokratie, mehr Verwaltungsaufwand. Die Frage ist, ob sich damit jetzt auch die Vermittlung verbessert und die Arbeitslosigkeit im Lande sinkt. Dies gilt es abzuwarten.

Gleichzeitig hat die Union aber parallel zur Diskussion um Hartz IV beziehungsweise dessen Novellierung ein eigenes Konzept zur Reform vorgelegt,

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

das ich an dieser Stelle sinngemäß kurz in Auszügen in Erinnerung bringen möchte:

1. Wir fordern die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für betriebliche Beschäftigungsbündnisse,

(Reinhard Dankert, SPD: Sie sollten zur Sache sprechen, Frau Strenz!)

2. eine Klarstellung im Tarifvertragsgesetz, wodurch eine maximale zehnprozentige untertarifliche Entlohnung von Langzeitarbeitslosen während der Probezeit möglich wird,
3. eine Abschaffung des Kündigungsschutzes für Neueinstellungen in Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

gleichzeitig die Einführung einer klaren gesetzlichen Optionsregelung, wonach Beschäftigte bei der Einstellung gegen Zusicherung einer Abfindung auf ihr Kündigungsschutzklagerecht verzichten können.

(Reinhard Dankert, SPD: Ich glaube, Sie sprechen nicht zur Sache. – Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

4. Dazu gehört eine Befreiung von Kleinbetrieben mit weniger als ...

(Reinhard Dankert, SPD: Ich glaube, Sie sprechen nicht mehr zur Sache.)

Gestatten Sie, dass wir gemeinsam über den Tellerrand schauen.

... 20 Beschäftigten von statistischen Auskunftspflichten, es sei denn, die Daten werden in automatisierten Verfahren erhoben und abgerufen.

5. Es gehört auch dazu eine Reduzierung, Vereinfachung und Vereinheitlichung sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Berechnungs-, Aufzeichnungs- und Meldepflichten, umfassende Entlastung von Kleinunternehmen vom Verwaltungsaufwand bei der Abführung der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie spricht nicht mehr zur Sache.)

6. Es gehört auch dazu eine Modernisierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes, um die Anreize zur Einstellung von Jugendlichen und den Aufbau von Lehrstellen zu verbessern,
7. eine endgültige Absage, meine Damen und Herren, an alle Pläne zur Erhebung einer Ausbildungsplatzabgabe, zur massiven Erhöhung der Erbschaftssteuer und zur Wiederbelebung der Vermögenssteuer.

(Torsten Koplin, PDS: Jaja, alles klar. Das schafft Arbeitsplätze. – Angelika Gramkow, PDS: Das ist das, was uns unterscheidet.)

8. Meine Damen und Herren, wir fordern, und das ist auch etwas, was zum Thema gehört, den Aufbau eines Niedriglohnssektors,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

der auch so genannte einfache Tätigkeiten wieder finanziell für Arbeitgeber wie Beschäftigte attraktiv macht.

(Torsten Koplin, PDS: Jaja, für 50 Cent arbeiten.)

Hierzu gehört auch, dass denjenigen, die auf dem Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, Beschäftigungsmöglichkeiten vornehmlich auf dem ersten Arbeitsmarkt angeboten werden.

(Torsten Koplin, PDS: Das wird es bald nicht mehr geben.)

9. Meine Damen und Herren, eine schrittweise Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung auf fünf Prozent durch die Reformen am Arbeitsmarkt ist ebenfalls eine Forderung.

Zusammenfassend möchte ich unsere Sicht zur derzeitigen Arbeitsmarktpolitik so darstellen: Die Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung und der rot-roten Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern beschränkt sich im Wesentlichen darauf, mit hohem

finanziellen Aufwand die Ergebnisse einer verfehlten Wirtschaftspolitik in den Griff zu bekommen. Und dieses kann nicht funktionieren und wird abgelehnt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Viel wichtiger ist nach Ansicht der CDU eine Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung, die wesentliche Strukturveränderungen beinhaltet. Dies bedeutet eine Neuordnung der Wirtschaftspolitik und die Beseitigung von Fehlsteuerungen, wie von uns ständig gefordert. Die Wirtschaft muss, um wieder aufblühen zu können, von den Fesseln einer ausufernden Bürokratie und den Hemmnissen einer Überregulierung entlastet werden.

(Torsten Koplin, PDS: Das waren Ihre Vorschläge aber auch nicht!)

Vielmehr muss von dem Brutto mehr Netto in den Taschen der Arbeiter und Angestellten übrig bleiben. Und darauf kommt es an.

Gleichwohl möchte ich an dieser Stelle auch betonen, dass für die CDU-Landtagsfraktion die soziale Grundversicherung und der gerechte Lastenausgleich weiter eine herausragende Bedeutung haben.

(Andreas Bluhm, PDS: Hört, hört! – Angelika Gramkow, PDS: Das ist ja ein Witz!)

In erster Linie ist nämlich sozial, was Arbeit schafft.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: Existenzsichernde Arbeit!)

Zum Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene, meine Damen und Herren, kann ich feststellen, dass es sich um einen Gesetzentwurf handelt, der vor knapp zwei Wochen in Erster Lesung in den Landtag eingebracht wurde, innerhalb kürzester Zeit in den Ausschüssen abschließend beraten wurde und heute in der Sondersitzung zur Endabstimmung kommt.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Es handelt sich bei dem Gesetzgebungsverfahren, meine Damen und Herren, um ein klassisches Eilverfahren, bei dem zwangsläufig auch Fehler auftauchen. So hat der Sozialausschuss über haushaltsrelevante Veränderungen, also finanzpolitische Gesichtspunkte, beraten, ohne dass der zuständige Finanzausschuss überhaupt einbezogen wurde. Ferner wurde im Rahmen der öffentlichen Anhörung kritisiert, dass in Paragraph 6 Absatz 1 eine investive Zweckbindung der Ausgleichszuweisungen des Landes festgeschrieben ist, was einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung aus unserer Sicht bedeutet.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Zudem sollte Paragraph 3 Absatz 2 aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion gestrichen werden, da gemäß Entscheidung des Verwaltungsgerichts Greifswald die Zustimmung des Innenministers gemäß Paragraph 3 Absatz 1 gerade nicht an materielle Bedingungen geknüpft werden darf,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

denn dies widerspricht den bundesgesetzlichen Vorgaben, die nur eine formelle Prüfung vorsehen.

Schließlich haben wir beantragt, dass Paragraph 2 Absatz 5 gestrichen wird, denn die Regelungen über die Erstattung von Verwaltungskosten und Auslagen sollen den Landkreisen durch Satzungen selbst überlassen blei-

ben, da es sich um Aufgaben des eigenen Wirkungskreises handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass wir uns mit unseren Positionen leider nicht durchsetzen konnten.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS)

Auch unsere Kritik an der Nichteinbeziehung des Finanzausschusses im Rahmen des Änderungsantrages der Koalitionsfraktionen im Sozialausschuss des Landtages wurde von SPD und PDS nicht mitgetragen. Ferner bleibt nun abzuwarten, ob der im Gesetz gefundene Weg der Verteilung der Finanzmittel auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte so langfristig wirklich tragbar ist oder nicht vielmehr einer Revision und Abänderung schon in nächster Zukunft bedarf.

Abschließend möchte ich jedoch betonen, dass auch wir es für wichtig erachten, dass dieses Gesetz kommt, selbstverständlich schnellstmöglich. Deshalb können wir auch nicht nachvollziehen, dass es zwar jetzt den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum SGB II gibt, der heute abschließend beraten und auch endabgestimmt werden soll, jedoch der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum SGB XII bisher nicht Gegenstand der Beratungen im Landtag war,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

denn auch das SGB XII wird am 01.01.2005 in Kraft treten und bedarf einer rechtzeitigen Umsetzung durch ein Landesgesetz.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Torsten Koplin, PDS)

Hier gibt es folglich noch erheblichen Handlungsbedarf. Vielleicht sollte sich die Sozialministerin ein Beispiel an ihrem Kabinettskollegen aus dem Arbeitsressort nehmen und schnellstmöglich für die nächste Sitzung des Landtages im Oktober einen solchen Entwurf dem Landtag zuleiten. Auch hier wollen alle Beteiligten rechtzeitig Planungs- und Rechtssicherheit.

Meine Damen und Herren, ich erkläre für die CDU-Fraktion, dass wir uns aufgrund der genannten Mängel enthalten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Strenz.

Das Wort hat jetzt die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die PDS-Landtagsfraktion hat die Agenda 2010 und hierin enthalten die Hartz-Gesetze von Anfang an kritisiert und es wird dabei bleiben, denn Hartz IV ist sozial ungerecht. Hartz IV erhöht den Druck auf Langzeitarbeitslose und bringt keine Arbeitsplätze. Qualifikation ist nichts mehr wert, weil jeder jede Arbeit annehmen muss. Hartz IV demütigt die Menschen, weil allein das Antragsformular jedem Offenbarungseid das Wasser reichen kann. Hartz IV macht den Niedriglohn salonfähig, weil Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerung für die, die heute noch Arbeit haben, nicht auf sich warten lassen werden. Hartz IV ist kontraproduktiv, weil Kaufkraft ver-

nichtet wird und dadurch auch bestehende Arbeitsplätze in Gefahr sind. Hartz IV macht Angst auf Zukunft, weil Langzeitarbeitslose die stets angemahnte private Altersvorsorge in den Wind schreiben können und die Lebensversicherungen sowie die Ausbildungsvorsorge für die Kinder weitgehend aufgebraucht werden müssten.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU)

Insgesamt ist Hartz IV Armut per Gesetz und es ist Gift für Ost, und ich sage, aber auch für den Westen dieses Landes.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Und deshalb bleibt die PDS bei ihrer Kritik, deshalb bleibt sie auch als Fraktion bei den Demonstrantinnen und Demonstranten auf der Straße am 2. Oktober in Berlin.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Deshalb haben wir zurzeit eine Informationstour durch die Kreise und Städte gestartet, um die Menschen zu unterstützen, ihnen zu sagen, dass sie sich beraten lassen sollen beim Ausfüllen der Anträge, aber auch, dass sie ihre Anträge fristgerecht abgeben sollen.

(Harry Glawe, CDU: Dann müssen Sie sich aber beeilen! Dann müssen Sie die Kampagne von der PDS aber ein bisschen verstärken! –
Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Und ungeachtet, Herr Glawe, unserer grundsätzlichen Kritik an der Hartz-Gesetzgebung haben wir das Landesausführungsgesetz schnell, solide und von den Beteiligten akzeptiert auf den Weg gebracht.

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD,
Torsten Renz, CDU, Torsten Koplin, PDS,
und Gabriele Schulz, PDS)

Das Gesetz sorgt für die ordnungsgemäße Umsetzung des Bundesgesetzes,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

es liefert den Kommunen rechtliche Grundlagen für ihre Arbeit, es regelt die Aufgaben als Aufgabe des eigenen Wirkungskreises für die Landkreise und kreisfreien Städte, es ermöglicht den Landkreisen, ihre Ämter und amtsfreien Gemeinden per Satzung zur bürgernahen Aufgaben erledigung vor Ort heranzuziehen, und es sichert den finanziellen Ausgleich in Umsetzung der Vorgaben des Bundes. Das heißt insbesondere, jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt wird durch diesen Gesetzgebungsprozess entlastet.

Der Modus war in der Diskussion strittig, aber es gibt mit dem Gesetzesvorschlag, den wir heute verabschieden, ein klares Signal in Richtung der Kommunen, dass wir sie bei dieser Aufgabenerledigung unterstützen. Das ist auch das Signal, was Sie heute verabschieden,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

dass neben den Mitteln in diesem Gesetz der Landtag entscheidet, dass die Mittel aus dem Finanzausgleichsgesetz den Kommunen weiterhin zusätzlich für die Umsetzung der Aufgabe zur Verfügung stehen. Und das ist sehr wohl anerkannt vom Städtetag und vom Landkreistag.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und genau dieses haben der Finanzausschuss und der Innenausschuss in seiner Beratung beschlossen.

(Beifall Gabriele Schulz, PDS –
Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Vincent Kokert, CDU)

Sie haben sich ebenfalls dazu verständigt, alle finanziellen Möglichkeiten auszuschöpfen. Dazu gehört auch, dass der Sozialausschuss in seinen Beratungen festgelegt hat, dafür Sorge zu treffen, dass zukünftig auch Bewohnerinnen und Bewohnern in Pflegeheimen, die kein Wohngeld mehr bekommen, die entsprechenden zusätzlichen Leistungen gezahlt werden. Das ist Inhalt des Gesetzes, das werden wir heute verabschieden. Und der Finanzausschuss wird in Vorlage des Nachtragshaushaltes darüber entscheiden können, ob die finanziellen Regelungen angebracht sind oder nicht. Er war nicht außen vor, er war beteiligt und das ist sachdienlich.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eine wichtige Passage des Gesetzes hervorheben, die Sie so in anderen Gesetzen nicht finden werden – und ich bezeichne das als Markenzeichen für die rot-rote Landesregierung –, und zwar weil sie rot ist, gibt es in Paragraph 6 Absatz 6 eine klare Aussage dazu, dass die Landesregierung unterstützt von der Mehrheit des Parlamentes auch weiterhin Maßnahmen in unserem Land fördern wird, die dazu dienen, Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit zu bringen. Das ist ein klares Signal über die Umsetzung von Hartz IV hinaus.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Vincent Kokert, CDU)

Und gestatten Sie mir an der Stelle ein klares Wort an die SPD.

(Norbert Baunach, SPD: Oha! –
Heiterkeit bei Andreas Bluhm, PDS – Zurufe
von Harry Glawe, CDU, Rainer Pracht, CDU,
und Torsten Koplin, PDS)

Es ist unredlich, die gegenwärtige Politik der Bundesregierung als alternativlos darzustellen. Es gibt immer Alternativen und es genügt nicht, in inneren Zirkeln über Verbesserungen zu philosophieren, sie müssen laut und deutlich eingefordert werden. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam für Verbesserungen streiten,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Angelika Peters, SPD:
Es sind immer weniger Leute auf der Straße.)

damit die Betroffenen nicht in die soziale Abwärtsfalle geraten. Ich erwarte ein klares Signal bis hin zu einer Bundesratsinitiative der Landesregierung. Warum soll das nur Thüringen können und nicht auch Mecklenburg-Vorpommern?

(Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Und ich erwarte eine klare Unterstützung des Arbeitsministeriums des Landes, das in der Monitoringgruppe ganz bestimmte Änderungen einfordern will,

(Harry Glawe, CDU: 6. Oktober!
Merken Sie sich das Datum!)

denn die Kritik an der Behandlung von Menschen, die in Saisonarbeit sind, in der Landwirtschaft oder auch im Tourismus,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

habe ich doch aus allen drei Landtagsfraktionen gehört.

(Harry Glawe, CDU: Am 6. Oktober.)

Oder wäre es nicht redlich, darüber zu reden, dass die soziale Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die so genannte 58-er Regelung, zu korrigieren ist?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und es ist nicht an der Zeit, über die Erhöhung des Regelsatzes in Ost und West zu diskutieren.

(Lorenz Caffier, CDU: Worüber unterhalten Sie sich in der Koalitionsrunde?)

Wenn es dazu nicht reicht, denke ich, gehören das kommunale Investitionsprogramm und Maßnahmen, die dafür sorgen, dass reguläre Arbeitsplätze mit Existenzsichernden Löhnen geschaffen werden, doch auf den Tisch.

(Beifall Torsten Koplin, PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich biete Ihnen an, gemeinsam für diese Veränderungen zu streiten.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Zustände sind das hier!)

Und ein Wort an die CDU:

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU –
Zurufe von Michael Ankermann, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

Frau Strenz, alle Achtung, ein klares Wort. Wenigstens Sie haben nicht versucht, von Ihrer Verantwortung abzuweichen, nämlich Sie sind mitverantwortlich dafür, was für so viele Menschen und Familien in Mecklenburg-Vorpommern gegenwärtig passiert.

(Gabriele Schulz, PDS: Genau.)

Und Sie haben Ihr wahres Gesicht gezeigt,

(Rainer Prachtl, CDU: Ja, wie sie ist.)

denn Sie haben hier die Aussagen Ihres Leitantrages zum Bundesparteitag verteidigt. Ja, Sie wollen die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter gravierend abbauen.

(Rainer Prachtl, CDU: Ein Gegacker!)

Sie wollen den Kündigungsschutz am liebsten ganz kippen und mit der Arbeitszeitverlängerung zurück ins 19. Jahrhundert.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Und entgegen aller Erfahrungen sehen Sie im Niedriglohnsektor die Lösung für Arbeit und Wohlstand.

(Torsten Renz, CDU: Wo ist denn Ihre Lösung, Frau Gramkow?!)

Wir sagen: Alte Marotten, nichts Neues! Und wir freuen uns auf die Auseinandersetzung, sie wird Spaß machen.

(Torsten Renz, CDU: Wo ist denn Ihre Lösung? Bieten Sie uns die doch mal an! –
Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Aber auch ein Wort an die Grünen.

(Heiterkeit bei Lorenz Caffier, CDU,
und Rainer Prachtl, CDU)

Auch die Grünen tragen Verantwortung,

(Lorenz Caffier, CDU:
Angelika, vergiss die FDP nicht!)

der sie sich öffentlich nicht gestellt haben.

(Rainer Prachtl, CDU: Die Deutsche
Biertrinkerpartei auch nicht!)

Und ich weiß ja nicht, ob Sie die Kritik der Grünen heute in den Zeitungen kalt lässt, die dieses Gesetz ablehnen, was wir hier verabschieden, weil wir die Kommunen auf Deutsch gesagt beschupsen.

(Rainer Prachtl, CDU: Was ist beschupsen? –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Jetzt kritisieren Sie, dass die Landesregierung die Zuweisungen des Bundes nicht vollständig an die Kommunen weiterleitet. Aber das ist doch scheinheilig, denn auch die Grünen tragen die Verantwortung dafür, dass beschlossen worden ist, dass die Länder aus der Umsatzsteuer refinanzieren müssen.

(Zuruf von Rainer Prachtl, CDU)

Und damit sind sie doch mit im Boot.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und, meine Damen und Herren,

(Rainer Prachtl, CDU: Bei Ihnen
leuchtet aber der Heiligenschein, das
ist aber wirklich schön zu sehen.)

Herr Prachtl, ich hatte ja so einen Festtag in dieser Woche und da wurde mir wieder gesagt,

(Harry Glawe, CDU: Das ist unparlamentarisch!)

dass Angelika eigentlich übersetzt „die Engelhafte“ bedeutet. Sie sollten vorsichtig sein!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU
und PDS – Zuruf von Torsten Renz, CDU –
Torsten Koplin, PDS: Na, Herr Prachtl?!)

Ein Wort an den Landkreis Ostvorpommern.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh, jetzt!)

Die PDS-Landtagsfraktion wie auch die PDS insgesamt haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass wir das Optionsmodell ablehnen, denn es ist aus unserer Sicht mit mehr Risiken behaftet als mit Chancen verbunden.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU, und
Egbert Liskow, CDU – Torsten Renz, CDU:
Was sagt denn Ihre Landrätin dazu?)

Trotzdem akzeptieren wir natürlich die Entscheidung des Kreises

(Lorenz Caffier, CDU: Großzügig!)

und ich bin davon überzeugt, dass dieser Kreis jede Unterstützung von Seiten der Landesregierung und auch der PDS-Landtagsfraktion erhält,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

denn wir lassen Ostvorpommern doch nicht im Regen stehen.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Beate Schlupp, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ich will mich ausdrücklich bedanken für die Vorarbeit der Landesregierung,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

hier insbesondere beim Arbeitsminister für den Formulierungsvorschlag, aber auch – es sei mir insbesondere gestattet – bei Herrn Siegmann und Herrn Wille aus dem Finanzministerium,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

bei Herrn Dr. Darsow aus dem Innenministerium sowie als Koordinator, ich sage mal als helfende Hand im Hintergrund, bei Herrn Frey. Ohne sie hätten wir das nicht geschafft. Ich bitte um Zustimmung zum Gesetzentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Mohr von der SPD-Fraktion.

(Torsten Renz, CDU: Mal sehen, ob sie
ihn mit Samthandschuhen anpackt. –
Zurufe von Lorenz Caffier, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Klaus Mohr, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in Zweiter Lesung den Entwurf eines Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch.

Die vergangenen Wochen waren geprägt von intensiver parlamentarischer Arbeit, das ist bereits angeklungen im Parlament, aber natürlich stand auch den beteiligten Ministerien nicht viel Zeit zur Verfügung, um den dringend notwendigen rechtlichen Rahmen für die Ausgestaltung und Umsetzung des neuen SGB II in Mecklenburg-Vorpommern zu erarbeiten. Das Gesetz hat zwar nur neun Paragraphen – und da haben wir wirklich, was den Umfang betrifft, schon andere Gesetze in diesem Haus verabschiedet –, aber in diesen neun Paragraphen mussten wir gleich mehrere überaus komplexe Sachverhalte regeln, die so in dieser Form noch nie gesetzlich und damit rechtlich geregelt werden mussten. Ich denke, ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass wir in bestimmten Bereichen auch gezwungen waren, juristisches Neuland zu betreten.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Ich verweise in diesem Zusammenhang insbesondere auf ein Kernstück des Gesetzesentwurfes, nämlich den Paragraphen 4. Diese Vorschrift regelt die rechtliche Organisation der Arbeitsgemeinschaften. Weil es eben ein absolutes Novum ist, dass jedenfalls in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle zwei unterschiedliche Träger, also Agentur für Arbeit auf der einen Seite und kommunale Träger auf der anderen Seite, zukünftig Arbeit suchen und ihre Familien gemeinsam und unter einem Dach betreuen werden, war die rechtliche Lösung hierfür nicht einfach.

Eine weitere zentrale Vorschrift stellt Paragraph 6 des Gesetzesentwurfes dar. Hier war insbesondere ein Verteilungsschlüssel zu definieren, nach dem die Ausgleichs-

weisungen des Landes bestehend aus den Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen und den vom Land zukünftig eingesparten Wohngeldanteilen ab 2005 gerecht auf die kommunalen Träger umgelegt werden können. Wir haben dabei die Zielstellung verfolgt, alle Kommunen möglichst gleichmäßig zu entlasten. Dies bedeutet, in den zwölf Landkreisen und in fünf kreisfreien Städten des Landes wird eine durchschnittliche Entlastung von voraussichtlich 19,17 Euro pro Einwohner erreicht, für die Landeshauptstadt Schwerin ergibt sich aufgrund anderer Bedingungen eine durchschnittliche Entlastung von 41,67 Euro.

(Angelika Gramkow, PDS: Nur, Herr Mohr!)

Insgesamt werden die Kommunen in Höhe von circa 43 Millionen Euro entlastet und so in die Lage versetzt, in ihre Infrastruktur zu investieren und dadurch natürlich auch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Im Rahmen der Revisionsklauseln in Paragraph 6 Absatz 4 des Ausführungsgesetzes und in Paragraph 46 SGB II wird die Höhe der tatsächlichen Nettoentlastung der Kommunen im Jahr 2005 und in den Folgejahren überprüft und damit die oben genannte Entlastungssumme grundsätzlich sichergestellt. In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass wir mit der dem Gesetzentwurf beigefügten Entschließung gewährleisten, dass vom Grundsatz her die derzeitige Regelung des Paragraphen 10 g FAG erhalten bleibt, so dass den kommunalen Trägern die dort veranschlagten Mittel von rund 50 Millionen Euro für die zukünftige Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II zur Verfügung stehen werden.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Sollte das FAG in diesem Punkt eine grundlegende Änderung erfahren, wird der Landtag dafür Sorge tragen, dass die Finanzausgleichsklausel des Paragraphen 6 des Ausführungsgesetzes entsprechend geändert wird.

Nicht zu vergessen ist auch das wichtige politische Bekenntnis der Koalitionsfraktionen in Paragraph 6 Absatz 6 des Gesetzesentwurfes zu einem zentralen Bereich der Landesarbeitsmarktpolitik im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms von Mecklenburg-Vorpommern. Wir positionieren uns hier ganz klar und sehr deutlich, denn wir schreiben fest, dass Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik des Landes gegen soziale Ausgrenzung auch in Zukunft fortgeführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was bringen uns nun im Ergebnis Hartz IV beziehungsweise das neue SGB II und das hier vorliegende Landesausführungsgesetz? Ich denke, keiner von uns wird so vermessen sein und dies heute in allen Details und Einzelheiten ernsthaft prognostizieren wollen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, so viel ist sicher, mit Hartz IV wird zunächst die größte Arbeitsmarktreform vollendet, die es bislang in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat. Mit dieser Reform haben wir alte und in vielen Bereichen überholte Verwaltungsstrukturen aufgebrochen. Und damit tragen wir entscheidend dazu bei, Deutschland zukunfts-fähig zu machen. Dies bestätigen uns im Übrigen fast alle Fachleute und Experten in unserem Land. Darüber hinaus bescheinigen uns auch unsere europäischen Nachbarn und Freunde, dass wir in Deutschland entgegen mancherorts geäußelter Zweifel doch noch reformfähig und damit auch fähig sind, im Zeitalter des globalisierten Wettbewerbs zu bestehen.

Der deutsche Arbeitsmarkt wird am 01.01.2005 neu strukturiert sein. Durch das SGB II werden zwei staatliche steuerfinanzierte Fürsorgesysteme zur Grundsicherung für Arbeitssuchende zusammengefasst. Insofern, Frau Strenz, nicht mehr Bürokratie,

(Torsten Renz, CDU: Da sitzt der Gegner, da sitzt der Gegner!)

weniger Bürokratie und Deregulierung ist das, was wir hier machen. Erwerbsfähige Hilfebedürftige und die Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft zusammenleben, werden dann in der Regel in den bereits angesprochenen Arbeitsgemeinschaften umfassend und ganzheitlich betreut. Dabei stehen in Zukunft erheblich mehr Fachkräfte als bisher zur Verfügung, um den Betroffenen zu helfen, Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden oder zu beseitigen, die Dauer der Hilfebedürftigkeit zu verkürzen oder zumindest den Umfang der Hilfebedürftigkeit zu verringern. Durch die Verbesserung des Betreuungsschlüssels stellen wir zudem sicher, dass individuelle und familienspezifische Belange besser berücksichtigt werden. Die Arbeitssuchenden sollen so alle Potentiale ausschöpfen können, um ihre Chancen auf Eingliederung in Arbeit zu erhöhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem SGB II machen wir deutlich, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit so früh und so effektiv wie möglich bekämpfen werden. Paragraph 3 Absatz 2 SGB II gibt dazu einen rechtlich klaren und unmissverständlichen Auftrag an die Arbeitsverwaltung. Jeder Jugendliche unter 25 Jahren hat demnach einen Anspruch, unverzüglich nach Antragstellung in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit vermittelt zu werden. Damit setzen wir neue Maßstäbe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen natürlich ganz genau, dass wir nicht nur von den Jugendlichen, sondern von allen anderen Arbeitssuchenden viel verlangen, denn jeder muss in Zukunft aktiv an allen Maßnahmen zu seiner Eingliederung mitwirken. Jeder muss, soweit es ihm möglich und zumutbar ist, mitziehen, sonst drohen Konsequenzen. Und es ist auch nicht zu leugnen, dass das SGB II in bestimmten Fällen zu finanziellen Einschnitten für die von Arbeitslosigkeit Betroffenen führen wird. Aber wir sind davon überzeugt, dass die grundlegenden Weichenstellungen, die wir vornehmen, richtig und auch geeignet sind, die Arbeitslosigkeit in unserem Land besser und wirksamer zu bekämpfen als bisher. Dabei wissen wir sehr genau, dass allein mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln und Maßnahmen das wahrscheinlich größte Problem in unserer heutigen Gesellschaft nicht zu lösen ist. Hinzukommen muss insbesondere eine Reform der Sozialversicherungssysteme, eine neu ausgerichtete Wirtschaftspolitik sowie – ganz wichtig, denke ich – eine modifizierte Steuerpolitik, die zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt, denn wenn dieser Staat sparen muss, was angesichts der Kassenlage im Bund, im Land und in den Kommunen unstreitig sein dürfte, dann dürfen nicht nur Arbeitssuchende und sozial Schwache betroffen sein, sondern dann müssen auch finanziell Bessergestellte in angemessener Form an diesem Sanierungsprozess beteiligt werden.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und Angelika Gramkow, PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich noch mal eingehen auf die Beiträge meiner beiden Vorrednerinnen. Vielleicht zunächst, Frau Strenz,

zu Ihnen. Sie haben deutlich gemacht, welche Vorstellungen Sie im Bereich Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik zukünftig haben. Sie haben hier Ausführungen gemacht zu Ideen der Änderung des Kündigungsschutzes. Sie wollen, wenn ich das richtig verstanden habe, den Kündigungsschutz der Arbeitnehmer, der ja bekanntlich bereits zu Beginn dieses Jahres erheblich eingeschränkt wurde, nun noch einmal wesentlich reduzieren und verkürzen.

(Egbert Liskow, CDU: Bei Neueinstellung.)

Sie wollen – mit anderen Worten – diesen Kündigungsschutz noch einmal richtig schleifen. Ginge es nach Ihnen, dann würde der Kündigungsschutz in Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern abgeschafft,

(Zuruf von Andreas Petters, CDU)

definitiv abgeschafft, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und ich frage Sie an dieser Stelle, meine Damen und Herren von der CDU: Wollen Sie wirklich zurück zu Tagelöhnertum und Hire-and-fire-Politik?! Offensichtlich ja, offensichtlich ja!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Michael Ankermann, CDU,
und Vincent Kokert, CDU)

Insofern ist ganz klar, diese Frage war rhetorisch.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Ihre Absichten haben Sie hier hinreichend deutlich gemacht. Aber ich sage Ihnen nur – 37 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, denen Sie hier diese großen Knüppel zwischen die Beine werfen wollen –, ich halte das für eine Zumutung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Und im Übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, damit entziehen Sie den Arbeitnehmern auch den letzten Schutz. Sie schaffen tatsächlich noch die letzte Grundlage für eine gewisse Verlässlichkeit, für eine gewisse Stetigkeit und für ein gewisses Vertrauen auf eine zumindest mittelfristige Beschäftigung in einem Arbeitsverhältnis ab. Dies alles schaffen Sie ab. Darüber müssen Sie sich im Klaren sein. Nur noch mal ein Hinweis, das sollten Sie eigentlich wissen: Mittlerweile ist schon jedes dritte Beschäftigungsverhältnis im Land ...

(Torsten Renz, CDU: Das ist ganz schwach, was Sie jetzt machen. Das ist ganz schwach.)

Das ist nicht schwach, Herr Renz. Das ist eine Tatsache.

(Torsten Renz, CDU: Der Gegner sitzt von mir aus gesehen rechts. Das sollten Sie mal betrachten.)

Jedes dritte Beschäftigungsverhältnis ist kein Normalarbeitsverhältnis mehr,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

sondern ist befristet oder ist ein Teilzeitverhältnis. Auf jeden Fall ist es nicht mehr das, was wir uns unter dem herkömmlichen Arbeitsverhältnis vorstellen.

(Unruhe bei Torsten Renz, CDU)

Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, Herr Renz. Offensichtlich haben Sie dies bislang noch nicht gewusst, dann dies zu Ihrer Kenntnis.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Torsten Renz, CDU: Wir müssen reformieren.)

Also kurzum, meine Damen und Herren, was Sie hier an Ideen vertreten und für Vorstellungen skizzieren, das ist nicht sozial gerecht.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist
unbrauchbar, das ist unbrauchbar!)

Hinzu kommt auch, dass angesichts ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Hören Sie doch vielleicht noch mal zu! Hören Sie doch vielleicht noch mal zu!

(Heiterkeit bei Lorenz Caffier, CDU: Da müssen
Sie sich mal mit der PDS auseinander setzen! –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Hinzu kommt, dass angesichts des geltenden Kündigungsschutzes und des erheblich erweiterten Teilzeit- und Befristungsgesetzes – da sollte man mitunter auch mal hineinschauen, um zu wissen, was in dem Bereich läuft –

(Zuruf von Rainer Pracht, CDU)

diese Erweiterung, insbesondere des Teilzeit- und Befristungsgesetzes, dazu geführt hat, dass die Arbeitgeber hier eine hinreichende Flexibilität erhalten im Hinblick auf die Gestaltung von Arbeitsverhältnissen. Das müssen Sie doch mal zur Kenntnis nehmen! Das müssen Sie doch mal zur Kenntnis nehmen!

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und fest steht, dass wir solchen Überlegungen, meine Damen und Herren, wie Sie sie hier heute vorgebracht haben, auf gar keinen Fall Folge leisten werden. Sie sind nämlich kein Beitrag. Sie sind kein Beitrag zur Verbesserung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in diesem Land. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und einzelnen
Abgeordneten der PDS – Torsten Koplin, PDS:
Die CDU ist nicht regierungsfähig. –
Zurufe von einzelnen Abgeordneten der CDU)

Entschuldigung, eine kurze Anmerkung noch zur Kollegin Gramkow. Frau Gramkow, nur noch mal zu Ihrer Kenntnis: Wir machen hier nicht in Populismus.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein! –
Gabriele Schulz, PDS: Und wir
auch nicht! Wir auch nicht!)

Ich habe das in der letzten Landtagssitzung schon gesagt. Wir machen nicht in Populismus und wir schüren auch keine Ängste.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir versetzen die Leute auch nicht in Panik, sondern was wir machen, das ist eine gute vernünftige Sachpolitik.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme jetzt noch mal kurz zurück zum eigentlichen Thema.

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, PDS)

Insbesondere bis zum Ende des Jahres kommt auf alle verantwortlichen Arbeitsmarktakeure noch viel Arbeit zu.

Das betrifft insbesondere die Bereitstellung der Software zur Bearbeitung der Anträge auf Leistungen der Grundsicherung

(Torsten Koplin, PDS: Stürzt täglich ab.)

oder etwa auch die Entwicklung und sinnvolle Ausgestaltung der so genannten Arbeitsgelegenheiten. Und sicher wird es auch in der Anlaufphase des Gesetzes im nächsten Jahr nicht gänzlich ohne Probleme abgehen.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Aber ich bin zuversichtlich, dass wir diese Probleme, die sich im laufenden Prozess ergeben, lösen können und auch vernünftig lösen werden. Das Land hat jedenfalls seine Hausaufgaben gemacht. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich sehen lassen kann. Und ich bitte Sie, diesen Gesetzentwurf heute entsprechend der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Arbeit und Landesentwicklung und der darin enthaltenen Maßnahmen zu verabschieden. Lassen Sie uns also der Arbeitsmarktreform in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern eine faire Chance geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Lorenz Caffier, CDU: Was?!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Mohr.

Ums Wort hat jetzt noch einmal gebeten der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn es nicht vorgesehen ist, dass vielleicht der eine oder andere hier am Rednerpult spricht, ich muss es an dieser Stelle einfach noch mal tun,

(Torsten Koplin, PDS: Machen Sie das!)

das ist mein innerer Antrieb. Ich kann es nicht mit anhören,

(Angelika Peters, SPD:
Dann halten Sie die Ohren zu!)

was hier in diesem Sinne abläuft, wenn ich mich mal auf die Seite der PDS konzentriere.

(Torsten Koplin, PDS: Unsinn!)

Es ist, wie gesagt, für mich schon eine Zumutung. Ich möchte Ihnen ganz einfach mal Folgendes sagen: 1998 bin ich in die CDU eingetreten,

(Torsten Koplin, PDS: Das ist spät, reichlich spät.)

weil ich mir dachte, das ist die richtige Partei, wo ich mein Zuhause finde. Aber ein Grund war damals auch, dass Sie 1998 mit in die Regierungsverantwortung gekommen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und das konnte ich mit meinem persönlichen Gewissen gar nicht mehr vereinbaren, weil ich damals schon gesehen habe,

(Andreas Bluhm, PDS: Thema! Zum Thema!)

das ist ganz klar die Politik des Wolfes im Schafspelz.

(Zurufe von Norbert Baunach, SPD
und Torsten Koplin, PDS)

Und es kann nicht sein, meine Damen und Herren ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Renz, bitte sprechen Sie zur Sache!

Torsten Renz, CDU: Ich spreche zur Sache.

(Klaus Mohr, SPD, und Angelika Peters, SPD:
Zur Sache, Herr Renz!)

Ich komme zur Sache.

(Heinz Müller, SPD: Wir warten
drauf, wir warten drauf!)

Es kann einfach nicht sein, wenn wir den Gesetzentwurf hier vorliegen haben, dass Sie dann wieder diesen Spagat machen und sich nur als Opposition darstellen.

(Torsten Koplin, PDS: Das ist doch gar
nicht wahr! – Andreas Bluhm, PDS:
Das tun wir ja gar nicht! –
Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Deswegen kann es gar nicht oft genug gesagt werden, dass Sie Ihr wahres Gesicht immer wieder zeigen. Wenn ich das sehe – Landesarmutskonferenz. Sie lassen sich vor Ort feiern und sprechen hier gegen diesen Gesetzentwurf.

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS –
Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Ich verstehe gar nicht, warum die SPD das so hinnimmt und überhaupt keine Regung zeigt.

(Angelika Peters, SPD: Das lassen
Sie mal unsere Sorge sein!)

Sie sprechen gegen den Gesetzentwurf, stimmen ihm dann wahrscheinlich zu

(Angelika Gramkow, PDS: Na klar!
Na klar, darum sind wir ja hier. –
Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS)

und bringen anschließend der Öffentlichkeit ein falsches Bild herüber.

(Unruhe bei Gabriele Schulz, PDS)

Und deshalb sehe ich mich hier in der Pflicht als Abgeordneter, das auch wieder öffentlich anzuprangern. Das kann einfach nicht wahr sein!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Klaus Mohr, SPD)

Und ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt von Herrn Mohr noch mal angegriffen werden als CDU-Fraktion: Schauen Sie sich mal die Redebeiträge von Herrn Eichel vor 14 Tagen an! Der sagt es nämlich schon ganz deutlich, wenn es um Reformen geht am Arbeitsmarkt und in den Krankenversicherungssystemen, dass es gar nicht mehr die Frage ist, ob wir das möchten. Es ist einfach die Frage der Notwendigkeit, dass wir es müssen, um weiter wettbewerbsfähig zu sein.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Andreas Bluhm, PDS: Richtig! Das
ist richtig, aber die Frage ist, wie.)

Und von der Warte aus ist mir persönlich auch klar, dass diese Debatte, diese Gesetzgebung nicht vergnügungssteuerpflichtig ist, aber es ist ein Muss, eine Verantwortung, der wir uns stellen müssen.

(Torsten Koplin, PDS: Oh, Geld weggeben!)

Und dann diese Scheinheiligkeit, ohne eigene Vorschläge hier nach vorn zu treten und die zwei, drei Punkte zu kritisieren, die uns persönlich auch nicht liegen,

(Heiterkeit bei
Angelika Gramkow, PDS: Ach so?!)

das ist keine Politik.

(Heiterkeit bei Gabriele Schulz, PDS –
Torsten Koplin, PDS: Das ist
ein Spagat, das ist ein Spagat!)

Ich sage es ganz deutlich, die 331 Euro im Vergleich zu den 345 sind für mich persönlich auch nicht akzeptabel.

(Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Aber ich stelle mich der Verantwortung und sage: Um den Arbeitsmarkt flexibel zu gestalten, müssen wir diese Schritte gehen. Wir müssen sie gehen.

(Angelika Gramkow, PDS: Und wir sagen,
es gibt Alternativen dazu, die Sie
ja nicht zur Kenntnis nehmen.)

Dann müssen wir auch dazu stehen.

Und es ist für mich, wie gesagt, persönlich nicht nachvollziehbar, dass innerhalb einer Regierungskoalition die große Fraktion der SPD, die sich hier als Volkspartei präsentiert,

(Torsten Koplin, PDS: Verteilen Sie jetzt Noten?!)

sich dieses antut und sich das gefallen lässt. Für mich persönlich ist es unverständlich. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von
Angelika Peters, SPD, Volker Schlotmann, SPD,
und Andreas Bluhm, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von den Fraktionen der PDS und SPD eingebrachten Entwurf eines Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch auf Drucksache 4/1313. In Ziffer I der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1351 empfiehlt der Bauausschuss, den Gesetzentwurf der Fraktionen der PDS und SPD entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Wir kommen zur Einzelabstimmung.

Ich rufe auf die Paragraphen 1 bis 9 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung des Bauausschusses. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Paragraphen 1 bis 9 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1351 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und des Abgeordneten Herrn Dr. Bartels angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Bauausschusses auf Drucksache

che 4/1351 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Bauausschusses auf Drucksache 4/1351 mit den Stimmen von SPD- und PDS-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU und des Abgeordneten Herrn Dr. Bartels –

(Ministerin Sigrid Keler: Und Frau Schwebs!)

oh, Entschuldigung – und einer Stimmenthaltung aus der PDS-Fraktion angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zur Ziffer II der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1351. Hier empfiehlt der Bauausschuss, einer Entschließung zuzustimmen. Wer der Ziffer II der Beschlussempfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? –

Damit ist die Ziffer II der Beschlussempfehlung auf Drucksache 4/1351 mit den Stimmen aus SPD-, PDS- und CDU-Fraktion bei einer Gegenstimme des Abgeordneten Herrn Dr. Bartels angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung der 44. Sitzung des Landtages. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 13. Oktober 2004, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 11.48 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Martin Brick, Mathias Brodkorb, Kerstin Fiedler-Wilhelm, Dr. Armin Jäger, Lilly Kühnel, Ilka Lochner-Borst, Regine Lück, Wolfgang Riemann, Wolf-Dieter Ringguth, Peter Ritter, Karin Schmidt, Gesine Skrzepski, Reinhardt Thomas, Gerd Walther und Alexa Wien.